

Christlichsoziale Vereinigung.

Gemeinsame Beratung mit dem Deutschen Nationalverband.

Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung hielt gestern im Beisein des Parteichefs Landmarschall Prinz Liechtenstein eine mehrstündige Beratung ab. Der Vorsitzende, geschäftsführender Obmann Schraffl eröffnete die Sitzung mit einem warmen Nachruf für den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh. Die Beratungsteilnehmer schlossen sich dieser Trauerkundgebung sowie dem vom Obmann dem Ministerrat bereits ausgesprochenen Beileid an.

Sodann berichteten die Vorstandsmitglieder, die an der Aussprache der Parteienvertreter im Abgeordnetenhaus teilgenommen hatten, über diese Konferenz. Der Bericht wurde einmütig genehmigt. An den Bericht schloß sich eine eingehende Erörterung der inner- und außerpolitischen Lage, die in der für die ersten Novembertage anberaumten Vollsitzung des Christlichsozialen Reichsratsklubs fortgesetzt werden wird. Demgemäß wurde gestern von der Fassung fester Beschlüsse Abstand genommen.

In Durchführung des Beschlusses vom 10. d. M. betreffend das Zusammenwirken der Christlichsozialen mit den anderen deutschen Parteien in nationalen und wirtschaftlichen Fragen, insbesondere auf dem Gebiete der Bekämpfung der Korruption und der großkapitalistischen Ausschreitungen, der Ausbeutung und Bewucherung von Staat und Volk im Kriege, wurde auf Einladung der Leitung des Deutschen Nationalverbandes ein gemeinsamer Ausschuß gewählt, der aus fünfzehn Mitgliedern bestehen soll, zu welchem der Deutsche Nationalverband, die Christlichsoziale Vereinigung des Reichsrates und die Wiener christlichsoziale Parteileitung des Rathauses je fünf Vertreter beisteilen. In diesen Fünfzehner-Ausschuß werden als Vertreter der christlichsozialen Partei von der Vereinigung Dr. Freiherr v. Fuchs, Dr. Gehmann, Landeshauptmann Hauzer, Präsident Schraffl und Landesauschuß Stöckler entsendet.

Als erste Aktion ist eine gemeinsame Versammlung der Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Partei im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates am 9. November in Aussicht genommen, die sich mit dem Gesamtkomplex der Ernährungsfragen und mit Steuerfragen beschäftigen wird, über welche Gegenstände Redner aller drei Gruppen zur Erörterung und Beschlußfassung bestimmte Referate erstatten werden.

Deutschsoziale Partei.

Auf Grund von eingehenden Besprechungen der Vorstandsmitglieder der Deutschsozialen Partei Bauer, Schück, Fischer und dem Geschäftsleiter der Deutschnationalen Landespartei Niederösterreichs Dr. Hampel einerseits und dem Reichsrats-Abgeordneten Kemetter andererseits ergab sich in allen programmatischen Punkten und grundsätzlichen Forderungen der genannten Parteienvertreter eine völlige Uebereinstimmung, bezufolge Reichsrats-Abgeordneter Kemetter seinen Beitritt zur Deutschsozialen Partei auf deren Einladung vollzog.

Polenklub.

Folgender, im Namen der Parlamentarischen Kommission vom Klubobmann eingebrachter Antrag wurde vom Polenklub einstimmig zum Beschlusse erhoben: „In Erwägung, daß zum bedeutenden Teile die dem Polenklub in der Konferenz vom 15. Mai d. J. gemachten Versprechungen der Regierung sich nicht erfüllt haben; in weiterer Erwägung, daß die Tätigkeit der Zentrale zum Wiederaufbau des Landes Mängel aufweist, hauptsächlich weil es an der notwendigen Mitarbeit des bürgerlichen Elements gebriert; schließlich in Erwägung, daß auch die Frage des Anbaues rechtzeitige Anordnungen erfordert, um der Wiederholung der Tatsache vorzubeugen, daß große Flächen des Ackerlandes ohne Anbau gelieken sind, und nach Durchführung einer sehr erregten Debatte über die prekäre Lage der durch die Kalamitäten des Krieges besonders schwer heimgesuchten Bevölkerung, wendet sich der Polenklub an die Regierung mit dem Ersuchen, daß sie in der allernächsten Zeit mit den Repräsentanten des Polenklubs über die oben erwähnten Fragen in Beratung tritt.“